

Niederschrift

über die Sitzung des Integrationsrates der Stadt Baesweiler vom 23.04.2013 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend waren:

a) **Mitglieder:**

Herr Kazim Karakök - Vorsitzender
Herr Cebrail Akcay
Frau Reyhan Akkas
Frau Hilal Bayram
Herr Abdullah Eldemir
Herr Detlef Lindlau
Herr Brahim Morghi
Herr Vasileios Pourdas
Herr Mathias Puhl (bis ca. 19.40 Uhr)
Herr Hans-Dieter Reiprich
Frau Elvira Resch-Beckers
Herr Hakan Sarioglu
Herr Wolfgang Scheen (bis ca. 19.40 Uhr)
Herr Muhammed Ali Yagbasan

von den Mitgliedern fehlten unentschuldigt:

Herr Ercan Cetinkilic

b) **von der Verwaltung:**

Herr Beigeordneter Frank Brunner
Frau Angelika Breuer
Frau Claudia Dickels

c) **Gäste:**

Herr Engin Sakal

Die Mitglieder des Integrationsrates waren mit Einladung vom 08.04.2013 zur Sitzung am Dienstag, dem 23. April 2013, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Karakök, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Integrationsrates. Er bat darum, den in der Einladung unter Tagesordnungspunkt 2 geführten Punkt zunächst nach hinten zu verschieben, da Herr Sakal vom Landesintegrationsrat NRW, der einen Vortrag hierzu halten wollte, noch nicht eingetroffen war. Somit ergab sich folgende neue Tagesordnung:

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Integrationsrates vom 02.10.2012
2. Aufsatzwettbewerb an den Baesweiler Schulen
3. Internationales Kinderfest und Familientag
4. Interkulturelles Fest;
hier: Antrag des Vorstandes des Integrationsrates
5. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung;
hier: 5.1 Vortrag seitens des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW,
Tayfun Kelttek
5.2 Antrag des Vorstandes des Integrationsrates zur Interkulturellen Öffnung der
Verwaltung
6. Integration eines Comedian mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm;
hier: Sachstandsbericht
7. Aktivitäten und Veranstaltungen des Integrationsrates;
hier: Verwendung des Zuschusses 2013
8. Finanzielle Ausstattung des Integrationsrates
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Integrationsratsmitgliedern

Sodann begann der Vorsitzende mit der Tagesordnung.

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Integrationsrates vom 02.10.2012

Die Niederschrift vom 02.10.2012 wurde von den anwesenden Mitgliedern des Integrationsrates zur Kenntnis genommen.

2. Aufsatzwettbewerb an den Baesweiler Schulen

In den Jahren 2011 und 2012 fanden Aufsatzwettbewerbe "Werde Bürgermeister für einen Tag" für die Kinder der 3. und 4. Klassen der Grundschulen statt, und zwar anlässlich des alljährlichen Internationalen Kinderfestes am 23. April. Für die ausgelobten Preise wurden jeweils 100 Euro aus Mitteln des Integrationsrates bereitgestellt.

In der Sitzung des Integrationsrates vom 02.10.2012 sollte beschlossen werden, den Aufsatzwettbewerb in 2013 wieder durchzuführen und diesen für die Folgejahre zu einer alljährlichen festen Einrichtung werden zu lassen. Darüber hinaus sollte beschlossen werden, dafür jährlich 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates zu verwenden. Der Integrationsrat war jedoch am 02.10.2012 nicht beschlussfähig.

Dennoch wurde der Aufsatzwettbewerb in Absprache mit dem Vorstand des Integrationsrates in 2013 von der Verwaltung vorbereitet und durchgeführt sowie 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates für die Preise verwandt.

Aus den 62 Einsendungen ermittelte die Jury, bestehend aus dem Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Baesweiler, Herrn Kazim Karakök, Frau Reyhan Akkas, Mitglied des Integrationsrates, sowie aus Mitgliedern der Verwaltung Beigeordneter Frank Brunner, Sozialamtsleiterin Angelika Breuer und für die Integration zuständige Mitarbeiterin Claudia Dickels, die 10 kreativsten und gelungensten Einsendungen. Die Preisverleihung fand am 24. April 2013 statt.

Nun regte der Vorstand des Integrationsrates an, auf Grund der positiven Resonanz diesen Aufsatzwettbewerb auch in 2014 zu wiederholen und zur alljährlichen festen Einrichtung werden zu lassen. Darüber hinaus regte er an, dafür jährlich 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates zu verwenden.

Herr Vorsitzender Karakök dankte an dieser Stelle Herrn Bürgermeister Dr. Linkens für die Möglichkeit, diesen Aufsatzwettbewerb jährlich durchzuführen.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, den Aufsatzwettbewerb "Werde Bürgermeister für einen Tag" in 2014 wieder durchzuführen und diesen für die Folgejahre zu einer alljährlichen festen Einrichtung werden zu lassen. Darüber hinaus beschloss er ebenfalls einstimmig, dafür jährlich 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates zu verwenden.

3. Internationales Kinderfest und Familientag

Auf Anregung des Vorstandes des Integrationsrates hatte der Ausschuss für Jugend und Soziales in seiner Sitzung am 20.11.2012 beschlossen, die Verwaltung mit der Planung und Durchführung eines Internationalen Kinderfestes nach Möglichkeit in Verbindung mit der Teilnahme am Familientag der StädteRegion Aachen am 5. Mai 2013 zu beauftragen. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, die Teilnahme des Tanzteams "Nessaja" der evangelischen Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf am Internationalen Kinderfest bzw. am Familientag 2013 der StädteRegion Aachen zu organisieren.

Die Planungen für den Familientag und das Internationale Kinderfest liefen bis zur Sitzung in Absprache mit dem Vorstand des Integrationsrates auf Hochtouren.

Das Fest sollte am Samstag, 4. Mai 2013, von 15.00 Uhr bis 21.00 Uhr im Burgpark Setterich stattfinden.

Ab 15.00 Uhr war ein buntes Bühnenprogramm der zahlreichen Baesweiler Kindergärten, Schulen und Vereine geplant. Um 19.30 Uhr sollte das Musical "Die 10 Gebote" des Tanzteams Nessaja der evangelischen Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf aufgeführt werden.

Neben verschiedenen Schmink- und Spielangeboten für die Kinder waren natürlich auch internationale Spezialitäten als Angebot geplant. Ganz unter dem Motto "Musikalisches und Kulinarisches im Burgpark Setterich".

Bei Regen sollte die Veranstaltung im PZ des Gymnasiums Baesweiler stattfinden.

Herr Beigeordneter Brunner bat in der Sitzung um rege Teilnahme der Mitglieder des Integrationsrates an diesem Fest.

Das Fest fand mit großem Erfolg am 04.Mai 2013 bei bestem Wetter wie geplant statt.

Beschluss:

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen zum Familientag und Internationalen Kinderfest zur Kenntnis.

4. Interkulturelles Fest; hier: Antrag des Vorstandes des Integrationsrates

Der Integrationsratsvorstand beantragte mit dem der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Antrag vom 10.04.2013 unter Punkt 2., im kommenden Jahr ein interkulturelles Fest zu veranstalten. Ziel sei, den interkulturellen Dialog und das Miteinander in der Stadt Baesweiler zu fördern.

Hierzu verwies die Verwaltung zunächst auf den diesbezüglichen Beschluss des Ausländerbeirates in der Sitzung am 02.04.2008.

Damals wurde beschlossen, die turnusmäßig alle zwei Jahre angebotene Veranstaltung der "Tage der deutschen und ausländischen Mitbürger" in andere städtische Veranstaltungen zu integrieren, da diese Veranstaltung trotz eines ausgiebigen Programms nicht in der Weise angenommen wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre. Hinzu kam, dass Programmteilnehmer kurzfristig absagten bzw. erst gar nicht erschienen. Daher wurde beschlossen, abweichend von dem bisherigen Veranstaltungsmodus diese Veranstaltung in andere städtische Veranstaltungen zu integrieren. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Anzahl der deutschen und ausländischen Mitbürger deutlich größer sein wird, als dies bislang bei einer Einzelveranstaltung der Fall war.

Dieses Konzept wurde seither bei vielen Veranstaltungen (z. B. Eröffnung des CarlAlexanderParks, Familienpicknick, Enthüllung des Denkmals am Reyplatz, Beteiligung an Veranstaltungen der Woche der Jugend etc.) umgesetzt.

Auch wurden die Mitglieder des Integrationsrates gebeten, verstärkt für die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an städtischen Veranstaltungen, wie z. B. dem Aktivurlaub oder den Veranstaltungen im Rahmen der Woche der Jugend und der Woche der Senioren, zu werben.

Zuletzt in der Sitzung des Integrationsrates vom 01.12.2011 wurde unter TOP 11 über die Veranstaltung eines Interkulturellen Festes beraten und seitens des Integrationsrates mehrheitlich beschlossen, ein Interkulturelles Fest im Jahre 2012 in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen und gegebenenfalls zu versuchen, Fördermittel hierfür sicherzustellen. Dieser Beschluss wurde an den für das Kulturprogramm der Stadt Baesweiler zuständigen Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung weitergeleitet, der hierüber in seiner Sitzung am 14.02.2012 beraten hat.

Im Ausschuss wurde die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise der Fortsetzung der Beteiligung der Migrantinnen und Migranten an den bereits bestehenden städtischen Veranstaltungen mehrheitlich befürwortet. Seitdem wurde dieser Ansatz -aus Sicht der Verwaltung erfolgreich- weiter verfolgt.

Neben den bereits oben erwähnten Veranstaltungen sind hier insbesondere die im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" stattfindenden Stadtteilstefte herauszustellen, bei denen der Ansatz die Veranstaltungen gerade auch unter Berücksichtigung der türkischen und marokkanischen Kultur zu gestalten, erfolgreich umgesetzt wurde.

Die Stadtteilstefte werden durch das Stadtteilbüro des DRK in Kooperation mit der Stadt Baesweiler sowie zahlreichen Vereinen, Einrichtungen, Organisationen und Gruppen aus Setterich sowie dem Stadtteilbeirat unter Beteiligung des Integrationsrates organisiert. Die Feste erfreuen sich größter Beliebtheit. Jeweils mehr als 1.000 Besucher, nicht nur aus Setterich, fanden den Weg in die Glück-Auf-Straße bzw. zum Standort des Hauses Setterich. Beim Bühnenprogramm gab es allerlei sportliche und künstlerische Darbietungen zu sehen. Hierbei wurden die unterschiedlichsten Kulturen berücksichtigt.

Natürlich war auch für das leibliche Wohl der Besucherinnen und Besucher bestens gesorgt, wobei auch viele türkische und marokkanische kulinarische Angebote vertreten waren. Das harmonische Miteinander gab einen Eindruck, davon dass im "Haus Setterich" viele Menschen, Vereine und Gruppen eine neue Heimat finden. Besonders erfreulich war hier auch die große Beteiligung und Resonanz der Migrantinnen und Migranten. Die Stadtteilstefte können damit als positiver Beitrag zur interkulturellen Verständigung gewertet werden.

Das nächste Stadtteilstefte war für den 21.06.2013 in Planung. Auch hier wurde an dem bewährten Konzept der Beteiligung aller Kulturen festgehalten.

Des Weiteren war auf Anregung des Integrationsrates für den 04.05.2013 nunmehr ein Internationales Kinderfest geplant, bei dem auf zahlreiches Erscheinen aller Bevölkerungsgruppen gehofft wurde. Auch hier wurden zahlreiche Darbietungen geboten, die die Besucherinnen und Besucher in ferne Länder führen und mit den verschiedenen Kulturen in Verbindung bringen sollten. Daneben wurden auch kulinarische Angebote in Form von internationalen Spezialitäten angeboten.

Aus Sicht der Verwaltung bieten solche Veranstaltungen hervorragende Gelegenheit zur interkulturellen Begegnung.

Die Verwaltung befürwortete daher, an dem Konzept der Beteiligung an bereits bestehenden städtischen Veranstaltungen festzuhalten.

Herr Eldemir äußerte seine Freude darüber, dass der Integrationsrat bei den bestehenden Veranstaltungen mitwirken könne. Allerdings setze er den Fokus eher auf die Integrationsarbeit und die dazu gehörenden Themen. Deshalb strebe er, als Mitglied des Integrationsrates, die Durchführung einer eigenen Veranstaltung an. Als Beispiel nannte er die Veranstaltung zum Fastenbrechen im Jahr 2012, die eine sehr gute Resonanz gefunden hätte. Nun wünschte Herr Eldemir sich die Durchführung eines eigenen Festes in einem etwas größeren Rahmen.

Frau Akkas stimmte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung weitestgehend zu, jedoch wünschte sie sich zusätzliche Unterstützung für weitere Veranstaltungen des Integrationsrates. Der Bedarf habe sich im Laufe der Zeit geändert. Das oben genannte Fastenbrechen habe die große Resonanz gezeigt. Solche Feste würden das Miteinander fördern und die Resonanz bei den Migranten steigern.

Herr Scheen äußerte seitens der CDU-Fraktion, dass dieses Thema bereits vor einem Jahr ausführlich diskutiert wurde.

Damals wurde beschlossen, von einem zusätzlichen interkulturellen Fest abzusehen, da es bereits genug Feste gäbe, an denen sich der Integrationsrat beteiligen könne. Das Stadtteilstift habe bewiesen, dass das Miteinander durchaus gut funktioniere. Das

Fest sei hervorragend angekommen. Jedem sei natürlich frei gestellt, ein Fest eigenständig zu veranstalten, jedoch müsse es dann mit eigenen Mitteln organisiert werden. Die städtischen kulturellen Feste seien für alle offen. Herr Scheen forderte zu einer regen Teilnahme dieser Feste auf.

Herr Lindlau von der SPD-Fraktion widersprach dieser Aussage. Genug Zeichen deuteten seiner Meinung nach darauf hin, dass ein interkulturelles Fest gebraucht werde, zum Beispiel als Zeichen der Stadt Baesweiler gegen Rassismus und für ein gemeinsames Europa. Er äußerte, dass er in manchen Siedlungen Baesweilers durchaus Probleme sehe. Ein interkulturelles Fest hieße für ihn nicht nur feiern, sondern auch Themendarstellung. Der genaue Rahmen müsse dann noch detailliert besprochen werden.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen stimmte Herrn Lindlau zu. Sie ergänzte, dass es viele Feste gäbe, z.B. die Woche der Jugend, die von zahlreichen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund durch die Mitwirkung der Kindergärten und Schulen besucht werden.

Bei den Dämmerschoppen vermisse sie jedoch die Integration und Inklusion. Hier wären zum Beispiel ein Teestand oder ein Grill ohne Schweinefleisch eine Idee, um die muslimische Bevölkerung anzusprechen. Auch musikalisch müsse man neue Wege einschlagen, um die Integration zu fördern.

Seitens der CDU-Fraktion äußerte Herr Puhl, dass genau das in der Vergangenheit probiert wurde, die Menschen mit Migrationshintergrund aber nicht gekommen seien.

Frau Resch-Beckers beklagte daraufhin, dass diese Angebote auf den Plakaten nicht publiziert würden. Zudem sei im Jahre 2008 beschlossen worden, dass das interkulturelle Fest in das städtische Programm integriert werde. Nun sei aber 2013 und man diskutiere in diesem Gremium über den Beschluss für das Jahr 2014.

Herr Vorsitzender Karakök betonte, dass die Dämmerschoppen die Migranten überhaupt nicht ansprechen würden. Dazu müsse das Rahmenprogramm geändert werden.

Herr Scheen betonte an dieser Stelle nochmal, dass die Stadt sehr viele Feste anbietet, an denen jeder Bürger teilnehmen könne. Der Integrationsrat könne darüber hinaus ein eigenes Fest organisieren, das stehe ihm natürlich frei.

Herr Karakök widersprach dieser Ansicht. Die vorhandenen Feste sprächen ihn meistens nicht an. Keiner käme auf sie zu, um den Integrationsrat bei der Planung mit einzubinden.

Es folgte eine rege Diskussion, in der Frau Akkas eine bessere Teamarbeit forderte, Herr Scheen die Pflicht zur eigenen Kreativität betonte, während Herr Lindlau Hindernisse durch bestehende Bürokratien sah, anstatt Ideen der jungen Leute als gewähltes Gremium zu fördern. Hier sei nach seiner Meinung die Unterstützung der Verwaltung erforderlich.

Herr Eldemir äußerte, dass es nicht an Ideen fehle, es seien vor allem nicht genügend finanzielle Mittel vorhanden, da ihnen jährlich nur 500 Euro zur Verfügung stehen würden.

Herr Brunner merkte seitens der Verwaltung an, dass sowohl beim Internationalen Kinderfest am 04. Mai als auch beim Stadtteilstadtteilfest Setterich die Verwaltung, in diesen Fällen das Sozialamt, sehr stark eingebunden sei. Die Organisation dieser Feste neben zahlreichen anderen Veranstaltungen, wie die Woche der Jugend und der Woche der Senioren, dem Familienspielefest usw., bedeute sehr viel Arbeit für die Mitarbeiter, und die Kapazitäten seien neben dem alltäglichen Verwaltungsgeschäft nicht unendlich. Die Motivation sei sicherlich immer vorhanden.

Frau Resch-Beckers reklamierte an dieser Stelle, dass Vorschläge des Integrationsrates in Vorgesprächen des Vorstandes des Integrationsrates mit der Verwaltung häufig bereits abgelehnt würden.

Hier nannte sie das Beispiel, dass für den Auftritt einer Musikgruppe beim Internationalen Kinderfest ohne Erfolg um Geld gebeten wurde.

Herr Brunner erläuterte diesbezüglich, dass vom Vorstand des Integrationsrates vorgeschlagen wurde, eine Musikgruppe aus Bielefeld einzuladen. Die Preisanfrage seitens der Verwaltung hatte ergeben, dass diese 3000 Euro für ihren Auftritt verlangte. Das führte zu dem Schluss, diesen Preis als deutlich zu hoch einzustufen.

Frau Resch-Beckers äußerte daraufhin, es sei in dem Gespräch nicht der Gesamtbetrag von 3000 Euro erbeten worden, der Betrag hätte teilweise auch von Sponsoren gedeckt werden können. Es ginge ihr allerdings vielmehr darum, dass Vorschläge erst gar nicht bis in den Integrationsrat kämen, sodass über diese im Gremium nicht diskutiert werden könne.

Frau Breuer ergänzte seitens der Verwaltung, dass sie damals nur zu bedenken gab, dass für die Aufführung einer Tanzgruppe 3000 Euro doch sehr viel seien, wenn zum Beispiel eine Theaterprojektwoche für 40 Kinder in den Ferien von einem solchen Betrag finanziert werden könne. Sie hatte damals Frau Akkas und Herrn Karakök gebeten darüber nachzudenken, ob der Auftritt einer Tanzgruppe, der ca. eine Stunde dauert, hierzu im Verhältnis stehe.

Frau Resch-Beckers betonte nochmals, dass es bei der Anfrage nicht um die 3000 Euro, sondern um die noch freien Mittel des Integrationsrates von ca. 350 Euro ging, die für die Tanzgruppe eingesetzt werden sollten.

Frau Akkas unterstützte diese Aussage. Es wurde seitens des Integrationsrates nicht erwartet, dass die Stadt Baesweiler 3000 Euro für die Tanzgruppe ausgeben würde. Es sei nur eine Anregung gewesen, und sie wollten für die weitere Finanzierung Sponsoren heranziehen.

Herr Brunner stellte klar, dass die Verwaltung zu keiner Zeit gesagt hatte, dass dieses Restbudget von ca. 350 Euro nicht für die Tanzgruppe zur Verfügung gestellt würde. Es wurde ausschließlich auf den sehr hohen Preis hingewiesen. Falls ein Vertrag mit einer Gruppe zu einem solch hohen Honorar abgeschlossen würde, müsse auch jemand sicherstellen können, dass diese Summe bezahlt würde. Dazu müsse somit im Vorfeld klar sein, dass diese Sponsorengelder zur Verfügung stehen, da ansonsten die Stadt für den Fehlbetrag hafte.

Herr Vorsitzender Karakök schloss an dieser Stelle die Diskussion ab.

Herr Brunner wies an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass, falls ein interkulturelles Fest seitens des Integrationsrates gewünscht sei, der zuständige Ausschuss, in diesem Falle der Jugend- und Sozialausschuss, darüber entscheiden müsse.

Herr Reiprich von der FDP-Fraktion betonte abschließend, dass ein solches Fest seitens des Integrationsrates außerhalb des vorhandenen Budgets immer möglich sei. Hierzu sei dann aber Eigeninitiative gefragt.

Beschluss:

Der Integrationsrat nahm die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und beschloss mehrheitlich mit 2 Gegenstimmen, dem Jugend- und Sozialausschuss vorzuschlagen, ein interkulturelles Fest in 2014 zu veranstalten.

5. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung;

hier: 5.1 Vortrag seitens des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek

5.2 Antrag des Vorstandes des Integrationsrates zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung

5.1. Vortrag seitens des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek

Auf Wunsch des Vorstandes des Integrationsrates sollte der Vorsitzende des Landesintegrationsrates NRW, Herr Tayfun Keltek, in der Sitzung des Integrationsrates über das Thema "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung" referieren. Dieser war verhindert und ließ sich von Herrn Sakal, ebenfalls Mitglied des Landesintegrationsrates NRW, vertreten.

Herr Vorsitzender Karakök übergab das Wort an Herrn Sakal, der zunächst Grüße von Herrn Keltek übermittelte. Sodann referierte er zu dem Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“. Die von ihm zur Verfügung gestellte Präsentation ist der Originalniederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Beschluss:

Der Integrationsrat nahm den Bericht des Herrn Sakal vom Landesintegrationsrat NRW zur "Interkulturellen Öffnung der Verwaltung" zur Kenntnis und dankte Herrn Sakal für den Bericht.

5.2. Antrag des Vorstandes des Integrationsrates zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung

Der Vorstand des Integrationsrates der Stadt Baesweiler wünschte, in der Sitzung des Integrationsrates über den der Originalniederschrift als Anlage 3 beigelegten Musterantrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) zur Förderung der Beschäftigten und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie zur Stärkung der Interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung beschließen zu lassen.

Die Verwaltung nahm zu diesem Antrag wie folgt Stellung:

Dem Prinzip der Chancengleichheit aller Einwohnerinnen und Einwohner der Kommunen auf den Zugang im Personalbereich der öffentlichen Verwaltungen werde bei den Einstellungsverfahren der Stadtverwaltung Baesweiler bereits seit langem Rechnung getragen.

In den Ausschreibungstexten für die neu zu besetzenden Stellen bzw. für die Ausbildungsstellen werde zwar nicht besonders auf die interkulturelle Kompetenz und die Sprachkompetenz der Bewerber hingewiesen, dennoch werden bei der Auswahl der Bewerber, die zu einem Vorstellungsgespräch bzw. Einstellungstest eingeladen werden, stets die Kriterien, Eignung, Befähigung und fachliche Eignung zu Grunde gelegt.

Dadurch werde dem Grundsatz der Chancengleichheit des Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 3 Abs. 3 GG) Rechnung getragen und alle Bewerber, also auch solche mit Migrationshintergrund, hätten dieselben Chancen, eine Stelle bzw. Ausbildungsstelle bei der Stadt Baesweiler zu bekommen.

Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang, dass bei den Personalausleseverfahren, die das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen für die der StädteRegion angehörenden Kommunen durchführt, Bewerber/innen mit Migrationshintergrund besondere Berücksichtigung erfahren.

Der im § 9 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ausdrücklich eingeräumten Möglichkeit zur unterschiedlichen Behandlung wegen beruflichen Anforderungen im Rahmen der Personalauswahlentscheidungen werde in den Einstellungstests Rechnung getragen.

Für Bewerber/innen mit Migrationshintergrund bestehe die Möglichkeit, auf dem Prüfungsbogen anzugeben, seit wann sie in der Bundesrepublik Deutschland wohnen.

Sollte der Zuzug innerhalb der letzten drei Jahre erfolgt sein, kann die Bewerberin/der Bewerber auf Grund eines in dem Test erreichten guten Lernfähigkeitswert ein korrigiertes Testergebnis erhalten, welches ihre bzw. seine Lernfähigkeit ausdrückt, die nach weiteren drei Jahren der Vervollständigung der Deutschkenntnisse erwartet werden könne.

Im Personalbestand der Stadtverwaltung Baesweiler seien derzeit 13 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Darunter sind u.a. Personen, deren Herkunft aus der Türkei, Italien, ehem. Jugoslawien, Spanien, Polen, nachgewiesen ist. Die meisten dieser Mitarbeiter wurden innerhalb der letzten 12 Jahre eingestellt, was dafür spricht, dass das Thema "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung" bei der Stadt Baesweiler seit vielen Jahren Berücksichtigung findet.

Die Verwaltung war auf Grund der obigen Ausführungen der Meinung, dass die Maßnahmen zur Berücksichtigung von Migrantinnen/Migranten bei Neueinstellungen, insbesondere bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen, erfolgreich sei, sodass die Möglichkeit eines jederzeitigen Anstieges der Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auf jeden Fall gewährleistet sei.

Herr Sakal vom Landesintegrationsrat erläuterte auf Nachfrage, dass für alle jungen Menschen Chancengleichheit bestehen solle. Es seien keine Quoten angedacht, das Leistungsprinzip solle bestehen bleiben. Die jungen Leute mit Migrationshintergrund sollten lediglich eine Chance bekommen, sich im öffentlichen Dienst zu bewerben. In Zeiten des demografischen Wandels und der Arbeitsmarktkonkurrenz mit der Wirtschaft müsse die Kommune Zeichen setzen. Die jungen Leute mit Migrationshintergrund seien meistens in der zweiten oder sogar dritten Generation in Deutschland und wollten nicht mehr in das Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern zurückkehren. Sie könnten andere Qualitäten in die Gesellschaft einbringen. Hier könne man ihr Zugehörigkeitsgefühl zu einer Kommune stärken.

Herr Scheen von der CDU-Fraktion dankte Herrn Sakal für seinen Vortrag. Er teilte dessen Meinung, dass in unserer Gesellschaft niemand mehr verloren gehen dürfe. Auch die Verwaltung müsse diesbezüglich einen Beitrag leisten.

Seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen äußerte Frau Resch-Beckers ebenfalls ihren Dank an Herrn Sakal, der Vortrag habe ihren Horizont erweitert. Sie stellte fest, dass man in diesem Bereich aber sicherlich nichts erzwingen könne.

Herr Yagbasan zeigte sich entsetzt darüber, dass Herr Sakal in seinem Bericht eine sehr hohe Quote an Mitarbeitern mit Migrationshintergrund im Abfall- und Entsorgungsbereich der öffentlichen Verwaltung nannte. Daraufhin fragte er Herrn Brunner, in welchen Bereichen die 13 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung Baesweiler tätig seien.

Seitens der Verwaltung erläuterte Herr Brunner, dass die Stadtverwaltung keine Kenntnisse über den Migrationshintergrund ihrer Mitarbeiter habe, lediglich die Staatsangehörigkeiten seien bekannt. Somit wisse man, dass 13 Personen eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft hätten, was etwas mehr als fünf Prozent von der Gesamtzahl der Mitarbeiter seien.

Da die Stadt Baesweiler keine eigene Abfallentsorgung habe, seien hier natürlich auch keine dieser Personen beschäftigt. Ein eigenes Jugendamt, in dem gerade Personen mit Migrationshintergrund auf Grund ihrer Sprachfähigkeit häufig beschäftigt werden, habe die Stadt Baesweiler ebenfalls nicht. Die Daten seien natürlich anonym, er wisse aber, dass von den 13 Mitarbeitern einige bei den Fachämtern des technischen Dezernats, im Ordnungsamt und am Bauhof tätig seien.

Herr Sakal betonte an dieser Stelle, dass es vor allem darum gehe, dass die jungen Leute mit Migrationshintergrund motiviert würden, sich bei der Kommune zu bewerben. Diese Motivation sei nötig, damit die Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht länger dächten, sie würden bei der Kommune sowieso nicht genommen. Bei deutschen Jugendlichen seien dagegen häufig die Eltern involviert, die die Kinder motivierten, sich bei der Kommune zu bewerben. Die Einführung von anonymisierten Bewerbungen seien sicher hilfreich, um die Hemmschwellen bei Bewerbungen zu reduzieren.

Herr Reiprich von der FDP-Fraktion bestätigte, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die einen Realschulabschluss gemacht hätten, keine Motivation hätten, sich bei der Verwaltung zu bewerben. Hier sei es auch Aufgabe der Schulen, diesen jungen Leuten mehr Selbstbewusstsein mit auf den Weg zu geben und ihnen eine Bewerbung bei der Stadtverwaltung näher zu bringen.

Seitens der SPD-Fraktion merkte Herr Lindlau an, dass er die Meinung der Verwaltung nicht teile, dass die Maßnahmen zur Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten bei Neueinstellungen ausreichen würden. Er sehe da durchaus Handlungsbedarf, der beigefügte Musterantrag des Landesintegrationsrates beinhalte viele gute Ansätze.

Herr Brunner schlug seitens der Verwaltung vor, den Mustervertrag nun zur Abstimmung zu stellen, jedoch ohne den Abschnitt, der die Eigenbetriebe betrifft, da die Stadtverwaltung Baesweiler keine Eigenbetriebe habe.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beantragte mehrheitlich mit 1 Gegenstimme, den der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten Musterantrag des Landesintegrationsrates NRW zur Förderung der Beschäftigten und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung dem Stadtrat der Stadt Baesweiler vorzuschlagen.

**6. Integration eines Comedian mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm;
hier: Sachstandsbericht**

Seitens des Vorstandes des Integrationsrates wurde in Vorbereitung der Sitzung am 13.03.2012 angeregt, einen Comedian mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm zu integrieren. Beispielhaft wurde seitens des Vorstandes des Integrationsrates der Comedian Fatih Cevicollu vorgeschlagen. Insbesondere auf Grund seiner Hauptrolle in der Comedyserie "Alles Atze", in der er seit 1999 als Murat neben Atze Schröder spielt, ist der Comedian bekannt.

In seiner Sitzung am 13.03.2012 hat der Integrationsrat einstimmig beschlossen, die Entscheidung über die Integration eines Comedians mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung weiterzuleiten.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 11.09.2012 über die Anregung des Integrationsrates beraten und die Verwaltung einstimmig damit beauftragt, die Möglichkeit eines Auftritts von Fatih Cevicollu im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Kultur nach 8" im Jahre 2013 zu prüfen.

Seitens der Verwaltung wurde in der Sitzung dargelegt, dass man zunächst auf der Grundlage der Kapazität des Kulturzentrums Burg Baesweiler einen solchen Auftritt einplanen würde. Sollte die Nachfrage entsprechend hoch sein, so würde man die Planung so gestalten, dass eine Durchführung der Veranstaltung auch im Pädagogischen Zentrum des Gymnasiums Baesweiler möglich wäre. Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Zuletzt in der Sitzung vom 26.02.2013 wurde im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung mitgeteilt, dass man seitens der Verwaltung im engen Kontakt mit dem Management des Künstlers Fatih Cevicollu steht. Derzeit waren noch Termine zu klären und auch die in der letzten Sitzung beratene Vorgehensweise hinsichtlich der Planung zweier Veranstaltungsorte im Hinblick auf eine mögliche Zuschauerzahl wurde noch mit dem Management geklärt.

Auf aktuelle Nachfrage zur Vorbereitung der Sitzung des Integrationsrates sei seitens des Amtes für Schule, Sport, Kultur und Partnerschaft mitgeteilt worden, dass man auch weiterhin mit der Agentur des Künstlers in Kontakt stehe und diese zwecks Terminabsprache angeschrieben habe, aber bis jetzt noch keinen Termin gefunden habe.

Leider war zum Zeitpunkt der Sitzung keine aktuelle Entwicklung bekannt.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**7. Aktivitäten und Veranstaltungen des Integrationsrates;
hier: Verwendung des Zuschusses 2013**

Der Rat der Stadt Baesweiler hatte in seiner Sitzung am 14.12.2010 beschlossen, dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von 500,00 €/Jahr zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler zur Verfügung zu stellen.

1. Aufsatzwettbewerb "Werde Bürgermeister für einen Tag"

Aus dem Budget sollten 100,00 € für den Aufsatzwettbewerb verwendet werden. Hierzu wurde auf die separate Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler beschloss einstimmig, 100,00 Euro für den Aufsatzwettbewerb zu verwenden.

2. Beteiligung an der Woche der Jugend und Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen

Der Vorstand des Integrationsrates wollte in 2013 für Preise anlässlich des Glücksrades beim Lach-Möwen-Löwen-Tag 50,00 € sowie 40,00 € für das Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen in den beiden Rathäusern veranschlagen.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler beschloss einstimmig, 50,00 Euro beim Lach-Möwen-Löwen-Tag und 40,00 Euro für das Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen zu verwenden.

3. Beteiligung am Interreligiösen Friedensgebiet anlässlich des 20. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen am 29.05.1993

Am 29.05.2013 jährte sich zum 20sten Mal der Brandanschlag auf das Wohnhaus der Familie Genç, bei dem 5 junge Menschen ums Leben kamen. Anlässlich des Brandanschlages von Solingen vor genau 20 Jahren veranstaltete u.a. der Landesintegrationsrat NRW eine groß angelegte bundesweite Gedenkveranstaltung. Darüber hinaus wurden die Integrationsräte aufgerufen, entweder am 29.05.2013 oder zeitnah anlässlich des Gedenkens an die Opfer des rassistischen Brandanschlages in Solingen vor 20 Jahren eine Gedenkveranstaltung durchzuführen.

Auf Vorschlag des Vorstandes des Integrationsrates sollte in Baesweiler der Opfer des Brandanschlages in Solingen anlässlich des Interreligiösen Friedensgebietes am 14.05.2013 gedacht werden. Hierzu war es beabsichtigt, dass sich der Integrationsrat aktiv und finanziell an der Ausrichtung des Interreligiösen Friedensgebietes beteiligt.

Weitere Mitwirkende des Interreligiösen Friedensgebietes waren

- sozialer und kultureller marokkanischer Verein Setterich,
- türkischer, kultureller und sozialer Verein Baesweiler und Umgebung,
- Ditib türkisch islamische Gemeinde zu Baesweiler e.V.,
- neupostolische Kirche in Baesweiler,
- katholische Pfarre St. Marien Baesweiler,
- evangelische Kirchengemeinde Baesweiler,
- evangelische Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf,
- Gruppe für Ausländerfreundlichkeit Baesweiler,
- NachbarschaftsTreff Setterich.

Seitens des Vorstandes des Integrationsrates wurde vorgeschlagen, aus dem Budget des Integrationsrates Rosen zum Verschenken sowie Gebäck zum Verzehr zu finanzieren und hierzu 100,00 Euro aufzuwenden.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler beschloss einstimmig, 100,00 Euro für Rosen zum Verschenken sowie Gebäck zum Verzehr zu finanzieren.

4. Beteiligung am Familientag bzw. Internationalen Kinderfest

Die dann noch zur Verfügung stehenden restlichen Mittel in Höhe von 210,00 Euro sollten zur Finanzierung des Familientages bzw. Internationalen Kinderfestes, das am 4. Mai 2013 im Burgpark stattfand, eingesetzt werden.

Bei diesem Fest handelte es sich um eine Gemeinschaftsveranstaltung der Stadt Baesweiler mit dem Integrationsrat der Stadt Baesweiler in Kooperation mit der StädteRegion Aachen.

Herr Karakök äußerte an dieser Stelle, dass zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht klar sei, was genau beim Internationalen Kinderfest an finanziellen Mitteln benötigt werde. Deshalb würden sie gerne den eventuell verbleibenden Betrag nach dem Internationalen Kinderfest für das darauffolgende Stadtteilfest in Setterich am 21.06.2013 verwenden.

Herr Brunner schlug daraufhin vor, dass pauschal darüber abgestimmt werden könne, dass der Vorstand des Integrationsrates eigenständig über die Verwendung des Betrages von 210,00 Euro für das Internationale Kinderfest entscheiden und den eventuellen Restbetrag für das Stadtteilfest verwenden könne.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, dass der Vorstand des Integrationsrates eigenständig über die Verwendung der restlichen 210,00 Euro für das Internationale Kinderfest am 4. Mai 2013 entscheiden und den eventuellen Restbetrag für das folgende Stadtteilfest in Setterich verwenden kann.

8. Finanzielle Ausstattung des Integrationsrates

In seiner Sitzung am 18.11.2010 hatte sich der Integrationsrat auf Anregung des Integrationsratsvorsitzenden zuletzt mit der Thematik der finanziellen Ausstattung des Integrationsrates befasst.

Nach eingehender Diskussion hatte der Integrationsrat in der o.g. Sitzung dem Rat der Stadt Baesweiler u.a. empfohlen, dem Integrationsrat zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichung, Veranstaltungen etc.) im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von 1,00 Euro je Wahlberechtigtem zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Baesweiler am 07.02.2010 ab dem Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung zu stellen.

Der Rat der Stadt Baesweiler hatte sich in seiner Sitzung am 14.12.2010 daraufhin mit der finanziellen Ausstattung des Integrationsrates befasst. Nach eingehender Diskussion fasste der Rat der Stadt Baesweiler folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Baesweiler weist dem Integrationsrat keine eigenen Fördermittel zu, da der Integrationsrat in den Gremien, die über die Fördermittel im Bereich der Integration entscheiden (Jugend- und Sozialausschuss, Stadtteilbeirat), jeweils durch ein Mitglied vertreten ist und die Möglichkeit hat, zu den Fördermaßnahmen Stellung zu nehmen.

2. Die notwendigen personellen und sächlichen Mittel zur Erfüllung der dem Integrationsrat zugewiesenen Aufgaben werden diesem durch Bereitstellung personeller Ressourcen in der Stadtverwaltung und von entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle des Integrationsrates sollte nicht erfolgen, da die Aufgaben der Geschäftsstelle durch den zuständigen Mitarbeiter in der Stadtverwaltung wahrgenommen wird.
3. Zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler wird dem Integrationsrat ergänzend zu den obigen Maßnahmen ein Betrag in Höhe von 500,- € aus den bei Produkt 05-02-01 unter Sachkonto 543107 bereitstehenden Mitteln ab dem Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung gestellt.

Die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden mit dem für die Angelegenheiten des Integrationsrates zuständigen Mitarbeiter gemeinsam koordiniert und abgesprochen. Der zuständige Mitarbeiter verwaltet den Etat. Diese Mittel dürfen nicht für die Werbung und Ziele von bestimmten im Integrationsrat vertretenen Interessengruppen, insbesondere im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen zum Integrationsrat, sondern stets nur für die Belange des gesamten Integrationsrates Verwendung finden (Neutralität der Mittelverwendung).

4. Der Rat der Stadt Baesweiler beauftragt die Verwaltung, den Integrationsrat gegebenenfalls bei der Antragstellung zu Fördermaßnahmen für Veranstaltungen des Integrationsrates, z.B. im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel bei der StädteRegion Aachen, zu unterstützen.

Der weitergehende Antrag, dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von rund 3.000,00 Euro (1,00 Euro je Wahlberechtigtem zur Wahl des Integrationsrates) zur Verfügung zu stellen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Nunmehr beantragte der Integrationsvorstand mit dem der Originalniederschrift als Anlage 1 unter Punkt 1 beigefügtem Antrag vom 10.04.2013, den Etat (derzeit 500,00 Euro) des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) auf 1,00 Euro je wahlberechtigten Einwohner für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zu erhöhen, da durch die Erfahrungen der letzten Jahre die 500,00 Euro die Öffentlichkeitsarbeit, wie Veranstaltungen, nicht abdecken.

Zum Antrag des Integrationsrates nahm die Verwaltung wie folgt Stellung:

Gemäß § 27 Abs. 10 GO NRW sind dem Integrationsrat die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung hierüber trifft der Rat im Rahmen seiner Haushaltsberatungen. Ein eigenes Etatrecht des Integrationsrates besteht nicht. Dem Rat bleibt bei Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Aufgabenstruktur ein weiterer Entscheidungsspielraum (vgl. Rehn/Cronauge, § 27 GO NRW, S. 10).

In der Stadtverwaltung Baesweiler würden die Angelegenheiten des Integrationsrates beim Amt für soziale Angelegenheiten und Wohnungswesen - A 50 - wahrgenommen.

Zu den seitens der Stadtverwaltung wahrgenommenen Aufgaben gehörten u. a. die Vorbereitung der Sitzungen des Integrationsrates, die Umsetzung der Beschlüsse des Integrationsrates bzw. die Weiterleitung der Beschlüsse an die zuständigen Gremien und Stellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung, die Beantwortung von Anfragen von Mitgliedern des Integrationsrates sowie allgemein der Kontakt zu den Mitgliedern, insbesondere dem Vorstand des Integrationsrates.

Diese Angelegenheiten würden beim Amt 50 von der zuständigen Sachbearbeiterin, Frau Dickels, von der Amtsleiterin, Frau Breuer, und dem zuständigen Dezernenten, Herrn Brunner, wahrgenommen.

Daneben stünden im Rathaus Baesweiler Räumlichkeiten zum Abhalten der regelmäßigen Sprechstunde des Vorsitzenden des Integrationsrates zur Verfügung. Auch für regelmäßige Treffen, z.B. der Ausländerbeirats- bzw. Integrationsratsvorsitzenden des Kreises bzw. der StädteRegion Aachen, würden städtische Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung gestellt. Ebenso könnten nach näherer Absprache auch die Räumlichkeiten der Bürgerbegegnungsstätte "Haus Setterich" genutzt werden.

Mittel zur Förderung der Integrationsarbeit stünden in Baesweiler in vielfältiger Form zur Verfügung. Hierzu gehörten neben den Mitteln zur Durchführung spezieller Veranstaltungen, insbesondere Mittel für diejenigen im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt" zu verwirklichenden Maßnahmen, die sich speziell auch an die Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen und Migranten richten.

Daneben seien in diesem Zusammenhang auch die Zuschüsse an Vereine und Organisationen zu erwähnen, die ebenfalls im Bereich der Integration tätig sind (z. B. Zuschuss zur Hausaufgabenhilfe und Deutschförderung sowie allgemeiner Zuschuss an den Nachbarschaftstreff, Schülerjobbörse, etc.). Zuständig für die Gewährung von Zuschüssen auf diesem Gebiet sei der Jugend- und Sozialausschuss.

Auch bestünde speziell für das Programmgebiet "Soziale Stadt Setterich-Nord" die Möglichkeit, Zuschüsse aus dem Verfügungsfonds auf Grundlage der vom Rat der Stadt Baesweiler hierzu beschlossenen Richtlinien zu beantragen. Die Förderung von Maßnahmen, die "das Miteinander im Sinne der Integration fördern", sei als allgemeine Zuwendungsvoraussetzung ausdrücklich in den Richtlinien benannt. Über die Förderung von Maßnahmen aus dem Verfügungsfonds würde die Stadt Baesweiler nach Anhörung des Stadtteilbeirates entscheiden.

Sowohl im Jugend- und Sozialausschuss als auch im Kultur- und Partnerschaftsausschuss und im Stadtteilbeirat sei jeweils ein Mitglied des Integrationsrates vertreten. Hierdurch sei Sicht der Verwaltung sichergestellt, dass bei der Förderung von Projekten und Maßnahmen der Integrationsrat, vertreten durch das jeweilige Mitglied in den o. g. Gremien, die Möglichkeit habe, hierzu Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Anregungen und Bedenken zu äußern. Des Weiteren stehe es dem Integrationsrat jeder Zeit frei, entsprechende Empfehlungen zur Förderung von bestimmten Projekten, die aus seiner Sicht förderungswürdig seien, an die entsprechenden Gremien auszusprechen. Gleiches gelte für seitens des Integrationsrates vorgeschlagene Veranstaltungen, über die im jeweils zuständigen Ausschuss (Jugend- und Sozialausschuss, Kultur- und Partnerschaftsausschuss) beraten werde. Dabei werden die Vorschläge des Integrationsrates regelmäßig durch den jeweiligen Ausschuss aufgegriffen und befürwortet (zuletzt z.B. Familientag und Interkulturelles Kinderfest, Einbindung eines Comedians mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm).

Insofern sei zudem darauf hinzuweisen, dass der Integrationsrat im Rahmen der Vorbereitung von Veranstaltungen zur Förderung des Miteinanders im Sinne der Integration regelmäßig seitens der Stadtverwaltung beteiligt werde und die Gelegenheit erhalte, sich mit eigenen Wünschen und Anregungen einzubringen.

Der seit dem o.g. Beschluss dem Integrationsrat zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehende Betrag in Höhe von 500,00 Euro je Haushaltsjahr wäre bislang für unterschiedliche Maßnahmen eingesetzt worden. Es wurde zum einen ein Flyer für den Integrationsrat erstellt und in einer Auflage von 1.000 Stück gedruckt und es wurde ein Aufsatzwettbewerb "Werde Bürgermeister für 1 Tag" ins Leben gerufen, für den jährlich 100,00 Euro für Preise aufgewendet werden. Des Weiteren werden Preise für die Beteiligung des Integrationsrates am Lach-Möwen-Löwen-Tag und für Süßigkeiten an den Feiertagen in beiden Rathäusern finanziert. Zudem wurde aus den Mitteln ein Leseabend zu einem interkulturellen Thema mit dem Autor Alexandros Stefanidis im Kulturzentrum Burg Baesweiler veranstaltet.

Insofern sei darauf hinzuweisen, dass der bereitstehende Betrag in Höhe von 500,00 Euro für die bisherigen Aktivitäten des Integrationsrates stets ausgereicht hat. Diesbezüglich sei anzumerken, dass seitens der Stadtverwaltung auch immer nach sonstigen Fördermöglichkeiten und Sponsoren gesucht werde, um so zusätzliche Gelder bereitstellen zu können bzw. Kosten zu senken.

Vor diesem Hintergrund halte die Verwaltung den zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) im Integrationsrat im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler zur Verfügung gestellten Betrag in Höhe von 500,00 € derzeit für ausreichend.

Herr Eldemir äußerte, dass durch den ausgefallenen Leseabend im Jahr 2012 das dafür vorgesehene Budget nicht ausgegeben wurde. Mit Beginn des Jahres 2013 war dieser Betrag jedoch verfallen, worüber die Mitglieder des Integrationsrates nicht informiert gewesen seien. Sie hatten gehofft, dass dieser Betrag ihnen weiterhin zur Verfügung stehe. Des Weiteren merkte er an, dass andere Kommunen ihren Integrationsräten mehr finanziellen Spielraum einrichten würden.

Herr Brunner erläuterte seitens der Verwaltung, dass mit jedem Jahresende das Haushaltsjahr ebenfalls beendet sei und damit die noch vorhandenen Mittel verfallen.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erkundigte sich, ob es im Baubereich nicht auch üblich sei, nicht verbrauchte Mittel ins nächste Haushaltsjahr zu übertragen.

Herr Brunner antwortete hierzu, dass diese nicht verausgabten Mittel aus dem Baubereich - wenn erforderlich- im nächsten Haushaltsjahr wieder neu eingeplant werden müssten.

Daraufhin fragte Frau Resch-Beckers, warum das nicht bei den noch vorhandenen Mitteln des Integrationsrates auch so gemacht wurde.

Herr Brunner wies hierzu auf den Beschluss des Stadtrates hin, der besagt, dass jährlich 500,00 Euro bereitgestellt werden.

Herr Eldemir schlug nochmal vor, den zur Verfügung gestellten Betrag zu erhöhen, um effektiver und eigenständiger arbeiten zu können.

Frau Akkas stimmte Herrn Eldemir zu. Für die Integration seien weitere Veranstaltungen wichtig, die aber finanzierbar sein müssten. Daher wünschte auch sie sich eine Erhöhung der zur Verfügung gestellten Mittel.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler beantragte mehrheitlich mit einer Gegenstimme an den Rat der Stadt Baesweiler den Antrag zu stellen, den Etat zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler auf 1,00 Euro je Wahlberechtigtem zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Baesweiler ab dem Haushaltsjahr 2014 zu erhöhen.

9. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen zum Zeitpunkt der Sitzung nicht vor.

10. Anfragen von Integrationsratsmitgliedern

Herr Eldemir erkundigte sich zunächst nach den aktuellen Projekten, da er darüber nur wenige Informationen habe.

Herr Brunner antwortete seitens der Verwaltung, dass über aktuelle Veranstaltungen eigentlich laufend informiert werde. Viele Veranstaltungen fänden in Kooperation mit der StädteRegion Aachen statt. Im Bereich Soziale Stadt wies er auf die entsprechenden Flyer hin. Hier nannte Herr Brunner Beispiele wie Sprachkurse, Nähgruppen für Mädchen, Schrauber-Werkstatt für Jugendliche, diverse Sprechstunden verschiedener Organisationen im Haus Setterich. Einzelne Projekte würden zeitnah und regelmäßig im Integrationsrat vorgestellt.

Herr Vorsitzender Karakök wies auf das Friedensgebet am 14.05.2013 hin und bat alle Mitglieder dafür Werbung zu machen.

Frau Resch-Beckers merkte an, dass an diesem Abend auch eine Sitzung des Stadtrates stattfinden würde.

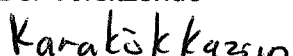
Herr Karakök war darüber informiert. Er äußerte die Hoffnung, dass doch noch alle mitmachen könnten.

Zudem wies er darauf hin, dass vom Arbeitskreis der Migrantenvvertretung in Aachen ebenfalls eine Veranstaltung am 28.05.2013 um 19.00 Uhr im Mediensaal der StädteRegion Aachen zum Gedenken an den Anschlag stattfände. Hierzu lud Herr Karakök ebenfalls alle Mitglieder ein.

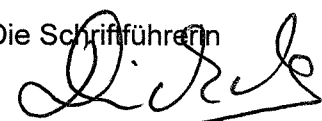
Abschließend distanzierte sich Herr Karakök im Namen des Integrationsrates aus gegebenem Anlass von jeglicher Gewalt. Man solle Menschen nicht ausstoßen, sondern Aufklärung betreiben.

Herr Karakök schloss die Sitzung um 20.10 Uhr und bedankte sich bei den Anwesenden.

Der Vorsitzende


(Karakök)

Die Schriftführerin


(Dickels)

Integrationsrat Mitglieder
Stadt Baesweiler

Stadtverwaltung Baesweiler

Ergänzung der Tagesordnungspunkte

1. Wir bitten die Stadtverwaltung Baesweiler den Etat (derzeit 500,- €) des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zur Festhaltung der Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen etc., auf 4,- € pro Wahlberechtigter Einwohner des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zu erhöhen. Durch die Erfahrungen der letzten Jahren, deckt die 500,- die Öffentlichkeitsarbeit, wie Veranstaltungen, nicht ab.

2. Wir bitten die Stadtverwaltung als Tagesordnungspunkt V,

• Ein interkulturelles Fest für das Jahr 2014, schlägt der Integrationsrat der Stadt Baesweiler vor.

Ziel ist den interkulturellen Dialog und das Miteinander der Stadt Baesweiler zu fördern.



Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Baesweiler
23. April 2013

1

Baesweiler, 23.04.2013



Projekt:

„Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

—

**Beiträge der kommunalen
Migrantenvertretungen“**

2

Baesweiler, 23.04.2013

Empfehlung der kommunale Spitzenverbände an ihre Mitglieder im Rahmen des NIP

- **Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen erhöhen**
- **Weiterbildung der Mitarbeiter/Innen in den Verwaltungen im Bereich der interkulturellen Kompetenz**

3

Baesweiler, 23.04.2013

Durchführung

- **Datenerhebung**
- **Beratung und Unterstützung**
- **Regionalveranstaltungen**
- **Einzelbetreuung der Gremien (IR/IA)**
- **Berichterstattung bei den Gremien**

4

Baesweiler, 23.04.2013

Ergebnisse der Befragung

5

Baesweiler, 23.04.2013

- Der Erhebungsbogen wurde an 105 Geschäftsstellenstellen von Integrationräten/-ausschüssen am 21.09.2011 versandt.
- Beantwortung erfolgte auf freiwilliger Basis.
- Etwa 60 Kommunen haben geantwortet.
- 2 Kommunen haben ihre Nichtteilnahme an der Befragung mitgeteilt.
- Ca. 30 Kommunen haben die Fragen nahezu vollständig beantwortet.

6

Baesweiler, 23.04.2013

- Im Rahmen des Projekts wurden von den IR/IA Anfragen zur Projektvorstellung gestellt.
- Seit Beginn des Projekts wurde bei ca. 50 Kommunen IKÖ auf die Tagesordnung gesetzt und behandelt.
- Bei über 30 Kommunen nahm die Projektleitung bisher an Sitzungen des IR/IA teil.
- Beschlüsse der IR/IA zur IKÖ wurden gefasst und mit der weiteren Behandlung an die zuständigen Ausschüsse bzw. An den Rat weitergeleitet.

Problemfelder bei der Durchführung

- Keine einheitliche Strukturen in den Kommunen,
- Einstellung zum Thema der Entscheidungsträger,
- Ressourcenprobleme,
- Fehlende Konzepte/lediglich Lippenbekenntnisse zur IKÖ,
- Fehlende Wahrnehmung des Themas als Zukunftsaufgabe für die Kommune,
- Fehlender politischer Wille zur IKÖ.

Problemfelder bei der Durchführung

- Angabe von Herkunftten und Staatangehörigkeiten, auch bei Mitarbeitern,
- Unsicherheiten bei der Datenerhebung, intern. Berücksichtigung von AGG und datenschutzrechtlichen Bestimmungen.
- Fehlende Motivation der Kommunalpolitik und Verwaltung
- Annahme einer Veränderungskultur der Organisationsentwicklung
- Das Verständnis der IKÖ als Chance

9

Baesweiler, 23.04.2013

Positive Erkenntnisse

- IKÖ ist ein wichtiges Thema der Kommunalpolitik und –verwaltung.
- IKÖ wurde als Zukunftsthema gewürdigt. Sie wird weiterhin gefördert und vorangetrieben.
- IKÖ wird als Chance der Personalpolitik verstanden.

10

Baesweiler, 23.04.2013

Positive Erkenntnisse

- Kommunen stellen sich der Herausforderung und stellen sich der IKÖ als Identifikationsthema.
- Kommunen sehen IKÖ ohne Zwänge als selbstverpflichtende Aufgabe (wie z.B. Interkommunal, integrationspolitische Handlungskonzepte).
- Wurde in einigen Kommunen zur Chefsache gemacht.

Abschließende Feststellungen:

- Unter Interkultureller Öffnung wird oft nur die Einstellung des Personals mit MH verstanden.
- Die Steigerung der Interkulturellen Kompetenz (IKK) der Beschäftigten ist ebenfalls ein wichtiger Teil der IKÖ. Oft verkannt.
- Keine ausreichenden Schulungen der Beschäftigten in IKK, oft nur sporadische Angebote. Vor allem keine Verpflichtenden Maßnahmen.

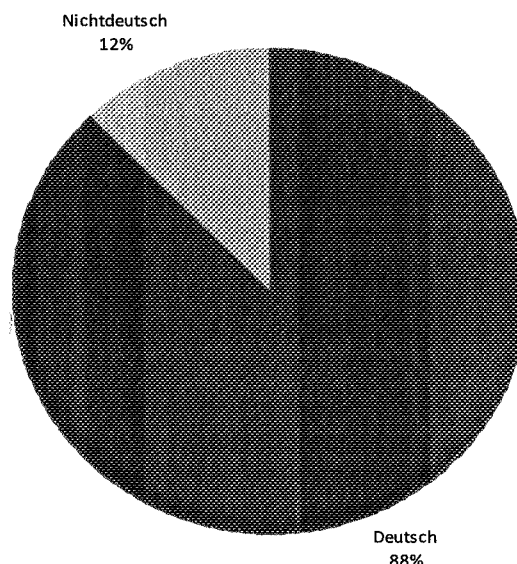
Im Rahmen des Projekts nicht feststellbare Größen

- Anteil der Beschäftigten in den hierarchischen Strukturen
- Qualifikationen unterschiedlicher Herkünfte und damit zusammenhängende Aufgabenbereiche
- Neueinstellungen nach Herkünften
- Tätigkeitsdauer der Beschäftigten in Zusammenhang mit Tätigkeitsbereichen

13

Baesweiler, 23.04.2013

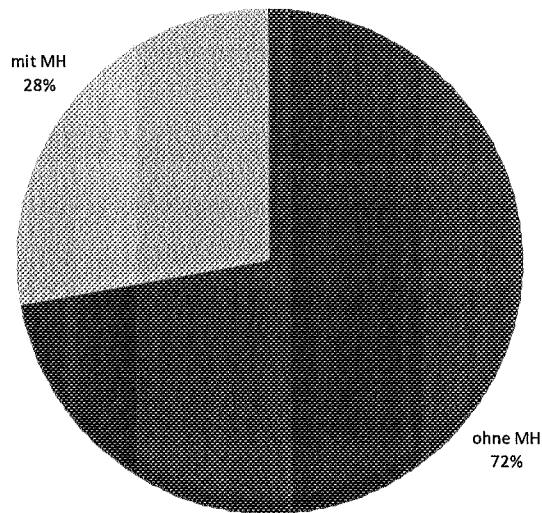
Kommunale Aufteilung nach Staatsangehörigkeit



14

Baesweiler, 23.04.2013

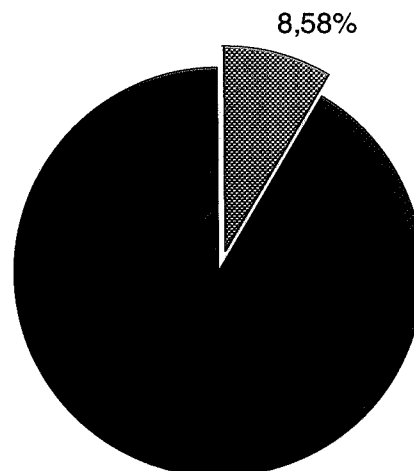
Kommunale Aufteilung nach Herkunft (n=26)



15

Baesweiler, 23.04.2013

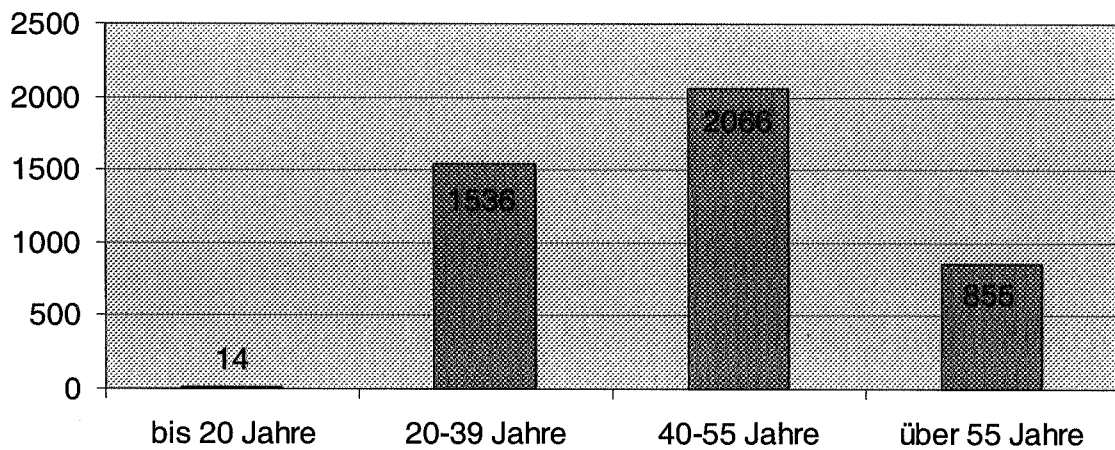
Aufteilung der Beschäftigten mit und ohne MH in der Verwaltung (n= 31)



16

Baesweiler, 23.04.2013

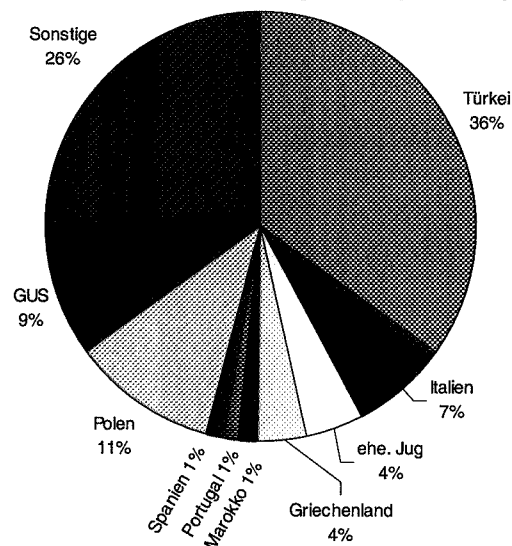
Altersstruktur der Beschäftigten mit MH in der Verwaltung (n=4471)



17

Baesweiler, 23.04.2013

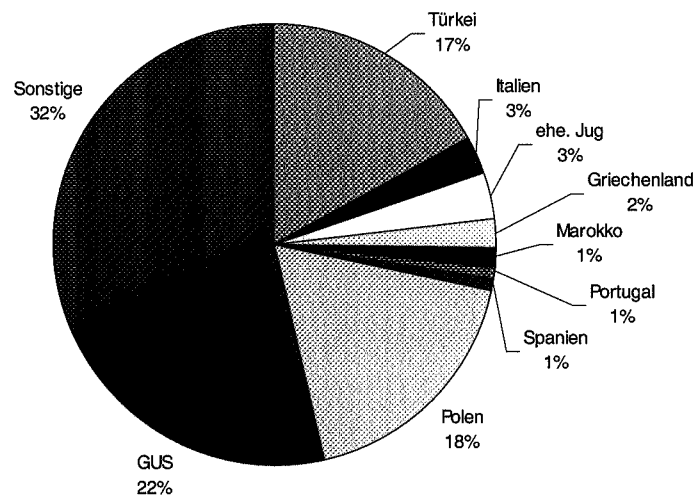
Aufteilung des nichtdeutschen Personals nach Staatsangehörigkeit (n= 21)



18

Baesweiler, 23.04.2013

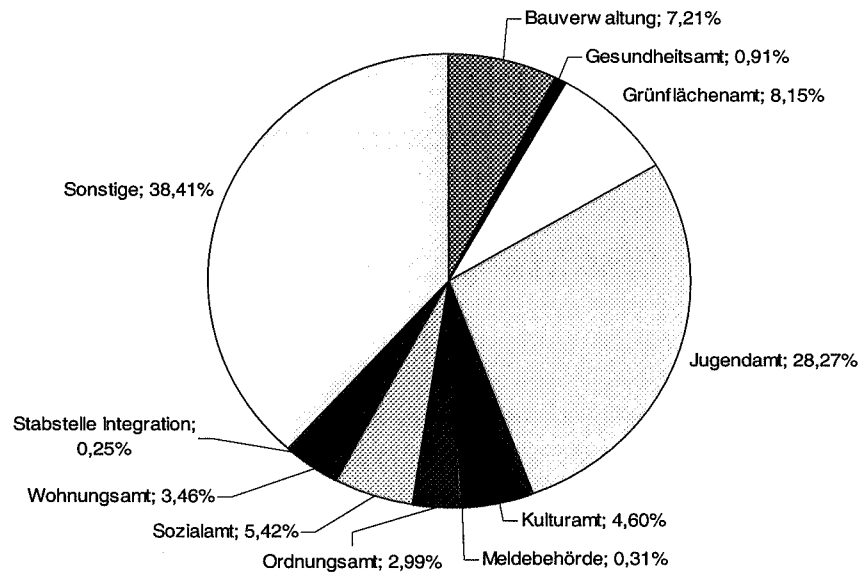
Aufteilung des nichtdeutschen Personals nach Herkunft (n= 21)



19

Baesweiler, 23.04.2013

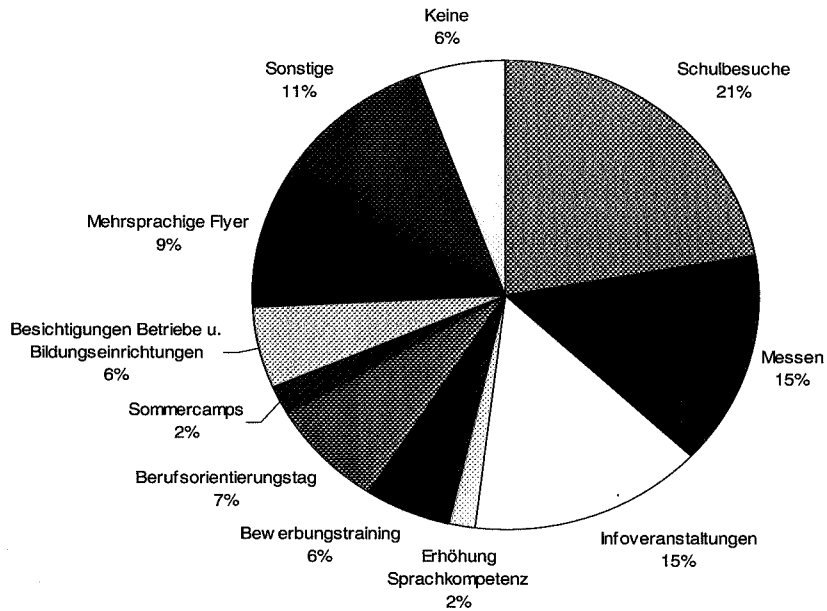
Tätigkeitsbereiche der Mitarbeiter mit MH in der Verwaltung (n= 23)



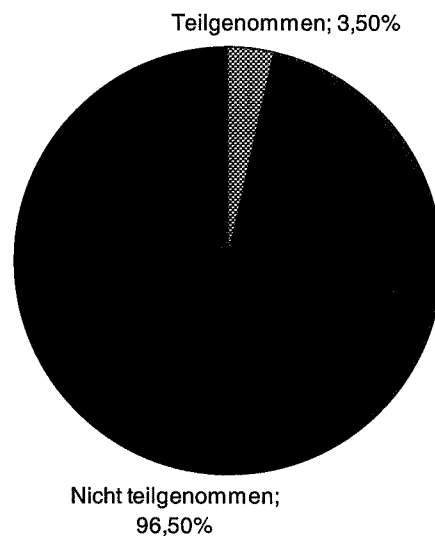
20

Baesweiler, 23.04.2013

Verwendete Maßnahmen (n= 19)



Verteilung der Beteiligung an den Schulungen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz (n= 20)





Schulabschlüsse Ø:

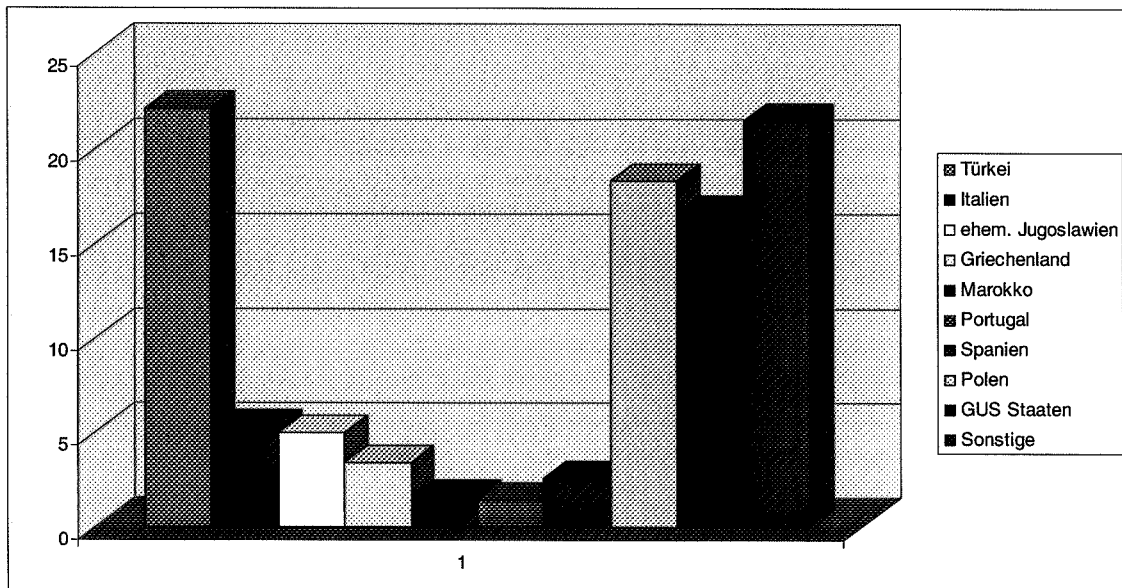
- Hauptschule ● 40 %
- Mittlere Reife ● 25 %
- (Fach) Abitur ● 21 %
- Hochschule/Universität ● 14 %

23

Baesweiler, 23.04.2013



Durchschnittliche Anteile der Beschäftigten nach ihren Herkünften unter den Mitarbeitern mit MH:

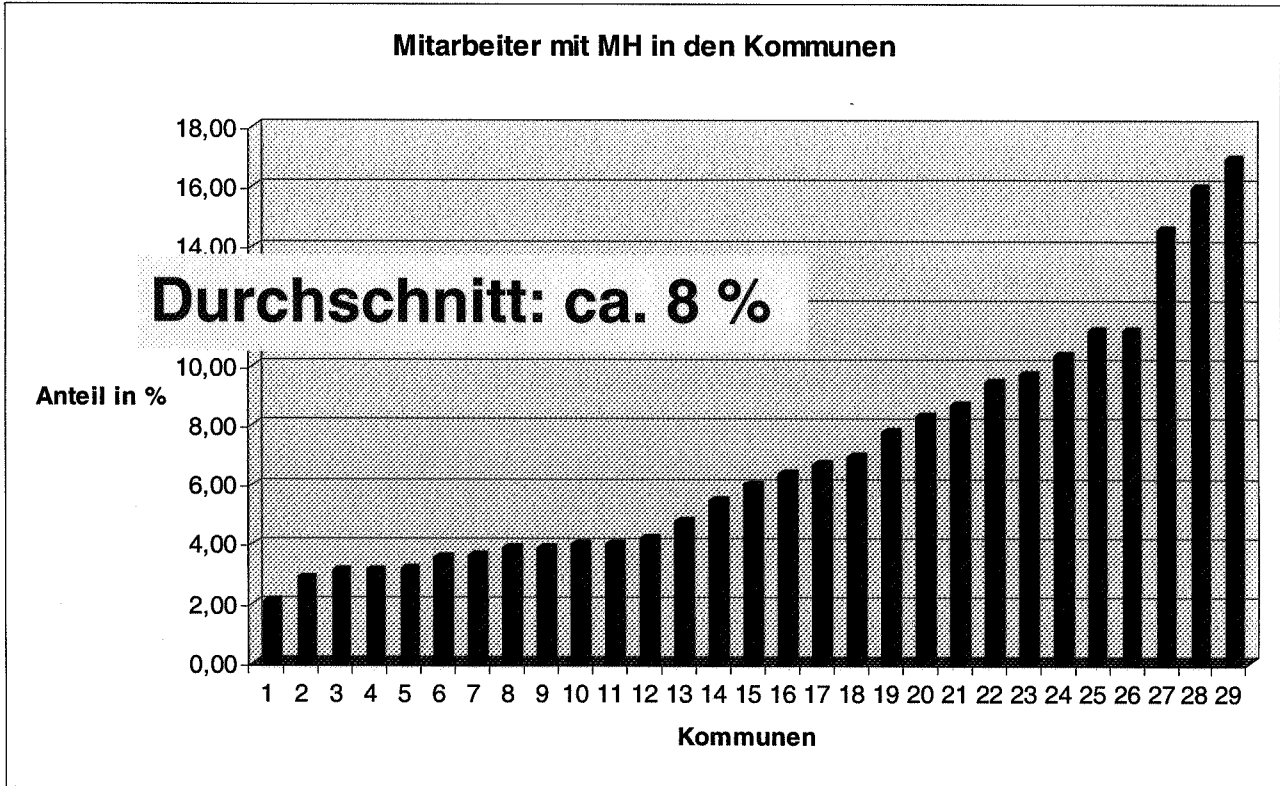


24

Baesweiler, 23.04.2013

- 2,10
- 2,89
- 3,10
- 3,14
- 3,15
- 3,56
- 3,63
- 3,89
- 3,90
- 4,00
- 4,00
- 4,19
- 4,76
- 5,48
- 6,02
- 6,38
- 6,70
- 6,97
- 7,78
- 8,32
- 8,70
- 9,45
- 9,68
- 10,34
- 11,18
- 11,19
- 14,59
- 16,00
- 16,93

Zwischenergebnisse:



Baesweiler, 23.04.2013



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen

Helmholtzstr. 28
 D-40215 Düsseldorf
 Fon: 0211 / 99416-0
 Fax: 0211 / 99416-15

E-Mail: sakal@landesintegrationsrat-nrw.de
 Internet: www.landesintegrationsrat-nrw.de

Baesweiler, 23.04.2013

Musterantrag

zur Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung

Sehr geehrte(r) Frau / Herr Vorsitzende(r),

im Namen bitte ich Sie, nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Integrationsrates aufzunehmen:

Beratungsgegenstand

Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei allen Neueinstellungen und besonders bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund verstärkt zu berücksichtigen. Dazu sind Maßnahmen zu entwickeln, die eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bewirken, so dass ihr Anteil an den Beschäftigten in der Verwaltung mittelfristig in etwa dem Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Stadtbevölkerung entspricht. Teil dieses Konzepts sollte eine Bestandsaufnahme zur Personalentwicklung in der Stadtverwaltung sein, die Auskunft gibt

a) über die Zahl der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und b) über die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund.

Das Konzept sollte die in der Begründung genannten, beispielhaften Instrumente berücksichtigen, die zum Teil bereits in anderen Kommunen erfolgreich eingesetzt werden.

Dem Rat der Stadt ist jährlich ein Bericht vorzulegen, der über die erfolgten Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse informiert.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sollte auch bei den Eigenbetrieben der Stadt dafür geworben werden, in ihrer Personalpolitik entsprechende Ziele und Maßnahmen zu verfolgen.

Begründung

Im öffentlichen Dienst und besonders in der öffentlichen Verwaltung sind Beschäftigte mit Migrationshintergrund gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung immer noch stark unterrepräsentiert. Integration ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die ethnische Vielfalt der Stadtgesellschaft sollte sich auch in der Verwaltung einer Stadt abbilden, und dies nicht allein nur, um Migranten als Klienten adäquater als bisher ansprechen zu können.

Dem öffentlichen Dienst kommt eine Vorbildfunktion zu, wenn es darum geht, Personen einen chancengleichen Zugang zu ermöglichen, die bisher im Arbeitsleben benachteiligt sind. Diese Vorbildfunktion besteht zum einen gegenüber der Privatwirtschaft. Denn staatliche Institutionen erscheinen ihrerseits unglaubwürdig, wenn sie eine Verbesserung beispielsweise der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten einfordert, ohne selber deren Repräsentanz innerhalb ihres eigenen Personals zu verbessern. Zum anderen lassen sich Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein erreichen, indem der öffentliche Dienst bei der Verwirklichung des Ziels, die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, eine Vorreiterrolle einnimmt.

Beamte und Angestellte der Verwaltung sind aufgrund der Art ihrer Tätigkeit in besonderem Maße in der Öffentlichkeit präsent und kommen auf vielfältige Weise mit der in (*Name der Stadt*) lebenden Bevölkerung in Kontakt. Sie begegnen Bürgern als Repräsentanten des Staates, vollziehen Gesetze und treten als Akteure des Verwaltungshandelns in Erscheinung. Die verstärkte Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung würde daher nicht nur für die im öffentlichen Dienst tätigen Migranten eine Integrationsmöglichkeit bedeuten, sondern darüber hinaus das Bild von Migrantinnen und Migranten in der Öffentlichkeit verändern. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Einerseits bei der einheimischen, deutschen Bevölkerung, die Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen, den Staat repräsentierenden Positionen begegnet. Andererseits bei Menschen mit Migrationshintergrund, die auf diese Weise ein Identifikationsangebot mit dem Staat, in dem sie leben, erhalten. Dies wiederum kann zu einer besseren Identifikation der Migrantinnen und Migranten mit dem Staat führen. Darüber hinaus sind im öffentlichen Dienst tätige Migrantinnen und Migranten Vorbild für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die durch die Begegnung unmittelbar erfahren, dass der öffentliche Dienst auch für sie ein attraktives Berufsfeld sein kann.

Im Interesse der demographischen Entwicklung muss das Ausbildungs- und Qualifikationspotenzial von jungen Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher ausgeschöpft werden, um auf den wachsenden Bedarf nach interkultureller Kompetenz in der Verwaltung vorbereitet zu sein. Viele Zugewanderte sind hoch motiviert, gut qualifiziert, sie sind mehrsprachig und verfügen über interkulturelle Kompetenzen. Diese Potenziale gilt es zu nutzen und gezielt zu fördern.

Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung können „Türöffner“ für alle Migranten in (*Name der Stadt*) sein und das zum Teil belastete Verhältnis zwischen Verwaltung und Migranten verbessern helfen. Verwaltungsangestellte mit Migrationshintergrund können sich in der Regel besser in die Situation anderer Migrantengruppen hineinversetzen als deutsche Beschäftigte.

Durch Fachpersonal aus Zuwandererfamilien können Kunden und Klienten besser erreicht werden. Die städtischen Angebote werden durch in der Verwaltung beschäftigte Migrantinnen und Migranten stärker und besser wahrgenommen, die Kundennähe wird gesteigert. Beratung und Klientenbetreuung können besser auf den tatsächlichen Bedarf von Kundinnen und Kunden aus Zuwandererfamilien abgestimmt werden. Durch mehrsprachige Auszubildende können z.B. Übersetzungsarbeiten zeitnah und Kosten sparend erledigt werden.

Zur Förderung von Angehörigen ethnischer Minderheiten bieten sich folgende Instrumente insbesondere an:

Bestandsaufnahme zur Personalentwicklung/Ist-Analyse

Ausgangspunkt sollte eine Ist-Analyse sein, die Aussagen darüber trifft, wie sich der Beschäftigungsanteil von Migrantinnen und Migranten in den einzelnen Besoldungs- und Vergütungsgruppen der jeweiligen Bereiche darstellt. Dadurch können erstmalig möglichst umfassende Daten über die Situation von Beschäftigten mit Migrationshintergrund, insbesondere über Einstufung, Funktion, Gehalt, Lebensalter, Dienstalter sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten gewonnen werden. Aus den erhobenen Daten sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Angehörigen ethnischer Minderheiten im öffentlichen Dienst erarbeitet werden, z.B. Förderpläne mit Zielvorgaben.

Gezielte Ansprache und Information von Migranten, Migrantenjugendlichen und ihren Eltern sowie Lehrern und Berufsberatern

Die Verwaltung sollte alle Möglichkeiten nutzen, Migranten und besonders Migrantenjugendliche für eine Beschäftigung bzw. eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung gezielt zu motivieren und anzusprechen. In Stellenausschreibungen sollten Angehörige ethnischer Minderheiten ausdrücklich aufgefordert werden, sich zu bewerben. Ein solcher Zusatz ist aufgrund der Zielsetzung des Art. 3 Abs. 3 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip verfassungsgemäß. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Sonderqualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund – z.B. interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse - gezielt auszuschreiben. Zudem sollten Migrantenjugendliche z.B. durch geeignete Faltposter/Flyer oder andere Medien, durch das Angebot von Schülerpraktika, Tage der offenen Tür angesprochen werden. Um Jugendliche mit Migrationshintergrund zu gewinnen, sollten auch die Eltern von Migrantenjugendlichen über Ausbildungsmöglichkeiten, -anforderungen sowie berufliche Perspektiven in der Stadtverwaltung informiert werden. Lehrer und Berufsberater und -beraterinnen der Agentur für Arbeit sollten auf das besondere Interesse der Verwaltung an Auszubildenden mit Migrationshintergrund aufmerksam gemacht werden.

Veränderte Auswahlverfahren

Darüber hinaus sollten die eingesetzten Testverfahren auf kulturelle Gebundenheit überprüft werden und gegebenenfalls durch neue, fairere Tests ersetzt werden. So hat die Polizei in NRW so genannte „culture-fair“ Tests eingesetzt, die persönliche Qualifikationen, wie Auffassungsgabe und Kombinationsfähigkeit prüfen, ohne Sprachelemente und kulturgebundenen Wissen zu verwenden.

Zu erwägen wäre auch das Angebot von „Trainingstests“ nach dem Vorbild der Duisburger Stadtverwaltung (Dort können junge Zugewanderte, die Interesse an einer Ausbildung bei der Stadt haben, vor dem „eigentlichen“ Einstellungstest mit einem „Trainingstest“ ihre Stärken und Schwächen überprüfen. Dabei erhalten sie auch Tipps, wie sie gezielt an sich arbeiten können.)

Geringe Sprachdefizite sollten kein Hindernis für die Ausbildung in der Stadtverwaltung sein, stattdessen sollte interessierten und geeigneten Jugendlichen angeboten werden, während ihrer Ausbildung Zusatzunterricht erhalten, um spezifische Lücken aufholen zu können.

Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz als Themen der Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

Fortbildungsveranstaltungen sollten auf die Themen Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz eingehen. Diese Themen sollten vor allem Bestandteil von Fortbildungsmaßnahmen für Dienstkräfte mit Leitungsaufgaben sein.

Bei der Entwicklung aller Maßnahmen sollten Integrationsrat, Integrations- bzw. Ausländerbeauftragte(r) (oder vergleichbare Stellen), Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung einbezogen werden, um bereits bestehende Aktivitäten zur Gleichstellung benachteiligter Gruppen aufeinander abzustimmen und miteinander zu koordinieren.

<p>Kontakt: Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf Telefon: 0211 / 9941610, Fax: 0211 / 9941615 E-Mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de, Homepage: www.landesintegrationsrat-nrw.de</p>
